

Die neue Landnahme

Globales Agrobusiness und der Ausverkauf der Entwicklungsländer

Von **Uwe Hoering**

Der Vertrag, den der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics im Juli 2008 mit der Regierung von Madagaskar abschloss, machte weltweit Schlagzeilen: Das Unternehmen wollte 1,3 Mio. Hektar Land, die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel, für 99 Jahre pachten und dort unter anderem Futtermais anbauen, um Südkorea, den viertgrößten Maisimporteure der Welt, unabhängiger vom Weltmarkt zu machen. Als Gegenleistung versprach das Unternehmen, in Straßen, Bewässerung und Vorratsspeicher zu investieren.

Dieses Vorhaben von Daewoo Logistics ist aktuell die größte bekannte ausländische Investition in die Landwirtschaft. Aber bei weitem nicht die einzige: Zahlreiche Unternehmen aus Schwellenländern und aus Erdöl exportierenden Staaten haben das *offshore farming* entdeckt. Während Investoren aus Industrieländern schon lange in Plantagen, in Blumenfarmen oder – ausgelöst durch die Beimischungsverordnung der EU und die Klimadebatte – in den Anbau von Agrartreibstoffen investieren, ist diese mächtige Konkurrenz neu.

Neu ist vor allem die Größenordnung: Das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington D.C. schätzt, dass ausländische Investoren seit 2006 in Ländern des globalen Südens 15 bis 20 Mio. Hektar Land gekauft oder gepachtet haben. Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, errechnete, dass allein in fünf afrikanischen Ländern südlich der Sahara (Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan) seit 2004 Vereinbarungen über annähernd 2,5 Mio. Hektar Land abgeschlossen wurden, mit Investitionsversprechen in Höhe von knapp einer Mrd. US-Dollar. Obwohl die Daten über Landgeschäfte unvollständig sind, zeigen sie doch auf drastische Weise, dass die Landnahme enorme Ausmaße hat.¹

Die Entwicklung ist inzwischen so wichtig und politisch brisant, dass sie beim G8-Gipfel Anfang Juli im italienischen L'Aquila, wo unter anderem die globale Ernährungssicherung auf der Tagesordnung stand, Thema war. Im Vorfeld hatte Japan aufgrund „wachsender Sorge“ einen Vorstoß angekündigt, wie „verantwortungsbewusste Investitionen in die Landwirtschaft“ sichergestellt und ein Anstieg der globalen Nahrungsmittelproduktion geför-

1 Die Zahlen berücksichtigen weder die Flächen, die kleiner als 1000 ha sind, noch bestimmte Länder, beispielsweise die Republik Kongo, die südafrikanischen Farmern große Ländereien angeboten hat, oder Angola, Sambia und Mosambik.

dert werden könnten. Durch größere Transparenz bei den Verträgen, die Anerkennung bestehender Landrechte, die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und die ökologische Nachhaltigkeit sollen „die Interessen sowohl der Gastländer als auch der Investoren harmonisiert und maximiert werden“.²

Ernährungsunsicherheit durch Ernährungssicherung

Als jüngster Auslöser für das steigende Interesse von Investoren im Agrarbereich gilt die Preisentwicklung bei Grundnahrungsmitteln wie Mais, Reis oder Weizen. Zwar sind die Preise, die teils spekulativ, teils durch den Boom bei Agrartreibstoffen in die Höhe getrieben worden waren und zu Aufständen städtischer Bevölkerungsgruppen, medienwirksamen Bildern und Schlagzeilen wie dem „Tortilla-Krieg“ in Mexiko geführt hatten, wieder zurückgegangen. Sie liegen aber immer noch deutlich über dem Durchschnittsniveau der vergangenen zehn Jahre. Die FAO prognostiziert, dass sie auch weiterhin hoch bleiben werden, weil zahlreiche strukturelle Ursachen für den Preisanstieg weiterhin bestehen oder sich sogar verstärken.

Für zahlungskräftige Importländer waren die schwankenden Preisentwicklungen für Nahrungsmittel ein Anlass, sich durch neue Versorgungsmöglichkeiten unabhängiger vom Weltmarkt und von den ihn weitgehend kontrollierenden Handelskonzernen aus den Industrieländern zu machen. Denn Nahrungsmittelpreise sind nicht nur innenpolitisch brisant. Länder wie Indien und China setzen nach wie vor auf eine nationale „Ernährungssicherung“, da sie fürchten, ansonsten erpressbar zu werden. Anstatt von Agrarhandel und Spekulanten abhängig zu sein, wollen sie die Produktion direkt kontrollieren und so ihre Importe sichern. Damit steht hinter dem *offshore farming* nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein ausgeprägtes politisches Kalkül.

So haben zahlreiche Golfstaaten begonnen, insbesondere auf der anderen Seite des Roten Meeres nach Land für Viehzucht, Viehfutter und Nahrungsmittel Ausschau zu halten, bevorzugt im Sudan, wo sich beispielsweise die Vereinigten Arabischen Emirate 400 000 Hektar Land gesichert haben. Die Golfstaaten sind weitgehend auf den Import preiswerter Nahrungsmittel angewiesen, um ihre zahlreichen Arbeitsmigranten zu versorgen, während gleichzeitig ihre wichtigste Devisenquelle, das Erdöl, absehbar zur Neige geht. Aber auch in Indien – wo die Bevölkerung weiterhin rasch, die Agrarproduktion jedoch nur noch langsam wächst – gibt es Regierungspläne, verstärkt Ölsaaten, Hülsenfrüchte und Baumwolle im Ausland anbauen zu lassen. Unter anderem haben indische Unternehmen begonnen, in Birma und Äthiopien Land zu pachten.

China ist ebenfalls beteiligt, auch wenn es bislang noch seinen Bedarf an Grundnahrungsmitteln weitgehend selbst decken kann. Chinesische Unternehmen produzieren bereits in zahlreichen Ländern Asiens Reis, Fisch, Soja oder Zuckerrohr – so in Birma, Laos und auf den Philippinen. Ein Plan der

2 „Financial Times“, 25.5.2009. Laut „Spiegel“ (31/2009, S. 90) konnten sich die Staatschefs allerdings nicht auf gemeinsame Standards einigen.

Regierung in Peking, Investoren beim Landerwerb in Afrika und Lateinamerika zu unterstützen, liegt zwar vorerst wieder auf Eis. Mehrere tausend chinesische Bauern in Nigeria, Kenia, Sambia und im Sudan bilden aber eine Vorhut für mögliche weitere, größere Projekte.

Wegen des politischen Kalküls sind vielfach die nationalen Regierungen Wegbereiter der Landnahme. Die Liste der Länder, die über bilaterale Vereinbarungen, Investitionsabkommen, Freihandelsvereinbarungen und Entwicklungszusammenarbeit Investitionen in Agrarprojekte vorantreiben, reicht von Japan, Korea und China über Indien und die Golfstaaten bis Libyen, das sich in der Ukraine im Gegenzug für einen Liefervertrag für Erdöl und Erdgas 250 000 Hektar Land sicherte.

Zu den Zielländern gehören zahlreiche Staaten, die wie Kambodscha oder Äthiopien bereits jetzt ihre Bevölkerung nicht selbst ernähren können und auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind oder wo, wie auf den Philippinen, Land bereits knapp ist und intensiv genutzt wird. Ein bevorzugtes Ziel ist Afrika, das – neben einigen Staaten in Lateinamerika und Zentralasien – zu den Regionen mit erheblichen Landreserven gehört, zum Beispiel in Sambia, der DR Kongo, Mosambik, Angola und im Sudan. Nach Angaben der FAO sind gegenwärtig lediglich 14 Prozent der nutzbaren landwirtschaftlichen Fläche in Afrika bebaut. Zudem ist die Produktivität in vielen Bereichen aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gering; die Getreideerträge beispielsweise liegen 40 Prozent niedriger als in anderen Regionen des Südens. Außerdem ist Land in Afrika noch ausgesprochen preiswert, zumal viele Regierungen bei Landgeschäften auf Gebühren und Steuern verzichten, um Investitionsanreize zu geben.

Viele „Empfängerregierungen“ sind geradezu glücklich über das neue Interesse ausländischer Investoren. Denn die Projekte versprechen Investitionen in die marode Infrastruktur, Beschäftigung, gelegentlich auch Schulen und Krankenstationen. Zudem stabilisieren sie diktatorische Regierungen, wie in Birma oder im Sudan, ökonomisch und politisch. So erklärte Äthiopiens Präsident Meles Zenawi, seine Regierung sei „sehr daran interessiert“, hunderttausende Hektar Agrarland für die Versorgung von Ländern im Mittleren Osten bereitzustellen.

In Wirklichkeit kommen mit dem Agrobusiness Hohertragssorten und Gentechnologie, Agrarchemie, Mechanisierung und Monokulturen, aber nur wenige Arbeitsplätze in die Länder. Aufgrund ihrer Exportorientierung helfen die Projekte zudem nicht, die Ernährungsunsicherheit in den produzierenden Ländern selbst zu verringern. Im Gegenteil: Die lokale kleinbäuerliche Landwirtschaft wird weiter marginalisiert und vertrieben, da sie selten über gesicherte Landrechte verfügt und ihre politische Verhandlungsmacht gering ist. So sind nach Schätzung der Weltbank in Afrika insgesamt nicht mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche unter formalen Nutzungstiteln erfasst – etwas mehr in Ländern wie Kenia, weniger in vielen anderen. Die Ernährungssicherung in den wohlhabenderen Ländern geht damit auf Kosten von Ländern, die bereits Nahrungsmittelimporteure oder gar Empfänger von Hilfsgütern sind.

Die Globalisierung der Landwirtschaft

Die steigende Zahl von Investitionsvorhaben in den Anbau von Nahrungsmitteln ist lediglich ein aktuelles Symptom für den Umbruch der globalen Landwirtschaft, der sich seit einigen Jahren vollzieht. Nachdem die Landwirtschaft, insbesondere der Nahrungsmittelanbau, in den 80er und 90er Jahren weitgehend vernachlässigt wurde, hat inzwischen eine deutliche Kehrtwende stattgefunden.

Vorboten dieser Wiederentdeckung der Landwirtschaft als Wachstumsmotor und Investitionsbereich waren die zahllosen Strategie- und Politikpapiere internationaler Entwicklungs- und Finanzorganisationen wie der Weltbank oder der OECD,³ einschlägige Konferenzen und Tagungen sowie der durch die Weltbank angestoßene „Weltaqrarbericht“.⁴ Deren – bei erheblichen Unterschieden in Analyse und Strategieempfehlung – einheitlicher Tenor war: Ein *business as usual* in der Agrarpolitik ist nicht länger machbar.

Das Konzept von Weltbank und vielen anderen Institutionen, Regierungen und staatlichen Entwicklungsorganisationen stellt darauf ab, die Landwirtschaft für die Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen. Chancen hierfür böten sich insbesondere durch die Integration in den Weltmarkt, durch neue Absatzmärkte in den Industrieländern und bei den wohlhabend gewordenen städtischen Mittelschichten, durch neue Technologien, verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten und Transportbedingungen. Produktivität, Effizienz sowie „Wettbewerbsfähigkeit und Markteinbindung der Kleinbauern“ – so beispielsweise der Weltentwicklungsbericht 2008 der Weltbank – müssten in der globalisierten Welt steigen.⁵

Eine weitere zunehmend aktive Akteursgruppe sind die Verbände der Agrarindustrie, unterstützt durch US-amerikanische Stiftungen wie Rockefeller oder Bill & Melinda Gates. Sie verstärken ihre Bemühungen, sich jene Bereiche der Landwirtschaft, die bislang noch nicht ihrer Kontrolle unterliegen, zu erschließen – angetrieben durch Wachstumsengpässe in der Agrarindustrie und durch die steigende ökonomische Bedeutung von Agrartreibstoffen. Die Düngerindustrie zum Beispiel hat erhebliche Überkapazitäten aufgebaut, doch die bäuerliche Landwirtschaft bietet keinen lukrativen Absatzmarkt, weil sie sich teure Inputs oft nicht leisten kann. Die grüne Gentechnologie kommt in Europa nicht voran und sucht daher neue Geschäftsfelder, etwa in Afrika, wo viele Bauern nach wie vor eigenes oder eingetauschtes Saatgut verwenden. Gerade diese „Rückständigkeit“, gemessen an der geringen Verwendung von Industriedünger und kommerziellem Saatgut, macht die bäuerliche Landwirtschaft zu einem Objekt der Begierde. Sie soll als Absatzmarkt und Produktionsfaktor in den globalen Kapitalismus integriert werden.

Flankiert und beschleunigt wird dieser Prozess durch transnationale Agrarhandelskonzerne und globale Supermarktketten. Sie bestimmen zunehmend,

3 Vgl. Uwe Hoering, Die MDGs und die Wiederentdeckung der Landwirtschaft, in: „Peripherie“, 2/2007, S. 328-337.

4 International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD), Executive Summary of the Synthesis Report, Washington D.C. 2009.

5 Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2008 – Landwirtschaft für Entwicklung, Washington D.C. 2007.

wie Nahrungsmittel erzeugt, verarbeitet und vermarktet werden. Und sie wissen, dass sie davon nur dann profitieren können, wenn sich die Bauern weltweit Konkurrenz machen.

Dieses Oligopol aus Agrarindustrie, Handel und Nahrungsmittelverarbeitung kontrolliert die wichtigsten Produktionsmittel, Verarbeitungsprozesse und Absatzmärkte durch einen rapiden Prozess der horizontalen und vertikalen Integration. Gemeinsam mit Regierungen, internationalen Finanzinstitutionen und „philanthropischen“ Stiftungen rücken sie in einer geradezu konzertierten Aktion an, um den Agrarsektor zu modernisieren, zu entwickeln und zum Motor für Wachstum und Gewinne zu machen – im Namen ländlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung, wohlgermerkt.⁶

Nach „Peak Oil“ droht nun „Peak Soil“

Ist es einerseits die Triebkraft, neue Investitionsmöglichkeiten zu erschließen, so ist es auf der anderen Seite die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, die Investitionen in die Landwirtschaft zunehmend lukrativ zu machen verspricht. Neben Erdöl werden auch Agrarland und Wasser knapp und damit teuer. Nach „Peak Oil“ droht inzwischen „Peak Soil“, das heißt die Abnahme der begrenzten Ressource Boden durch Umweltschäden wie Erosion und Versalzung, Urbanisierung und Bevölkerungszuwachs. Immer weiter auseinanderfallen damit der „produktive Wert“, etwa durch kleinbäuerliche Landwirtschaft, der Wert für die kommerzielle Agrarindustrie, die eine höhere Wertschöpfung aus dem Land herauszuholen verspricht, und der spekulative Wert, also der Marktwert.

Das haben inzwischen auch Investmentunternehmen erkannt, die mit Fonds auf Land und Landwirtschaft spekulieren. „Verkauft die Banken, kauft Käse“, riet bereits im vergangenen Jahr der Chef eines Londoner Hedgefonds internationalen Anlegern.⁷ So handelt das britische Unternehmen cru Investment Management mit privaten Investitionen in die Landwirtschaft in Afrika und verspricht Gewinne von 30 bis 40 Prozent; das US-Unternehmen BlackRock legte einen Hedgefonds Landwirtschaft auf. Der schillerndste Fall ist das Abkommen des US-Investmentbankers Philippe Heilberg mit Paulino Matip, einem Kriegsherrn im Südsudan, über 4000 km² Land – ein Deal, der an die koloniale Landnahme des Kontinents erinnert. Banken werben inzwischen gar in Anzeigen mit der Hungerkrise für Agrarfonds, Investmentbanker empfehlen, in den „einzigen Produzenten von Agrarprodukten“ zu investieren – in Land.⁸

Dabei zeigt sich schnell, dass diese Interventionen auf vielfältigen Widerstand und Hindernisse stoßen. So geriet der Pachtvertrag von Daewoo Logistics in Madagaskar in die innenpolitischen Machtkämpfe, die zum Sturz von Präsident Marc Ravalomanana führten, und musste storniert werden; der Kon-

6 Vgl. Uwe Hoering, *Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich*, Hamburg 2007.

7 Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 22.7.2009, S. 14.

8 Zit. nach „The Market Oracle“, 12.6.2009, www.marketoracle.co.uk/Article11297.html.

zern hält allerdings weiterhin an seinen Plänen fest und soll sich bereits mehr als 200 000 Hektar angeeignet haben.⁹ China musste Vorhaben in Mosambik und auf den Philippinen stoppen, in Indonesien wurde ein Versuch Saudi-Arabiens verhindert, 500 000 Hektar Land zu pachten. Manche Vorhaben kamen über Ankündigungen und Absichtserklärungen nicht hinaus. Sollten großflächige Vertreibungen erfolgen oder Nahrungsmittel exportiert werden, während große Teile der Bevölkerung hungern, sind weitere Proteste zu erwarten.

Die neuen Landnahmen und die damit einhergehenden Proteste, Widerstände und Risiken haben FAO, Weltbank und Afrikanische Union auf den Plan gerufen. Auf der einen Seite preisen sie makroökonomische Vorteile der Investitionen wie Wirtschaftswachstum, höhere Staatseinnahmen und Entwicklungsperspektiven in ländlichen Gebieten.¹⁰ In manchen Vereinbarungen werden tatsächlich Investitionen, Beschäftigungsmöglichkeiten und der Ausbau der Infrastruktur, einschließlich Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, zugesagt. Außerdem bieten Investoren vereinzelt an, einen Teil der Produktion im Land selbst zu vermarkten, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Insgesamt allerdings sind solche Zusagen, die einen Nutzen für das Empfängerland sicherstellen könnten, die Ausnahme.

Daher fordern internationale Finanz- und Entwicklungsorganisationen, ähnlich wie die japanische Regierung in ihrem Vorschlag für den G8-Gipfel, Richtlinien für Agrarinvestitionen, um die „Entwicklungschancen“ zu nutzen. Investoren sollten demnach unter anderem die Zustimmung der lokalen Bevölkerung (Free, prior, and informed consent, FPIC) suchen und sie als Vertragsbauern einbinden. Außerdem müssten sie sich ihrer Verantwortung für die Respektierung der Menschenrechte und der Gefahr, als neokoloniale Landräuber in Ländern mit unzureichender Nahrungsmittelversorgung einen erheblichen Imageschaden zu erleiden, bewusst sein – und sich dementsprechend „verantwortlich“ verhalten.

Regierungen sollten zudem in den Verträgen Mindestanforderungen an Beschäftigung, den Ausbau der Infrastruktur, Verbesserungen für die lokale Bevölkerung und Umweltschutzmaßnahmen durchsetzen, Entscheidungen transparent machen, Bodenspekulation unterbinden und lokale Landrechte sichern. Flankierend könnten nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen und internationale Institutionen durch Beratung und Unterstützung von Regierungen und einheimischen Nichtregierungsorganisationen aktiv werden.

Eine Frage des Eigentums

Ein zentraler Aspekt bei der Landnahme ist die Situation der Landnutzungsrechte und Eigentumsverhältnisse. „Ungesicherte“, sprich: fehlende individuelle, Eigentumsrechte an Grund und Boden gelten in vielen Ländern als

⁹ Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 22.7.2009.

¹⁰ Vgl. exemplarisch die Studie von Iied, FAO und IFAD, Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa, Rom und London 2009.

Entwicklungshindernis für die weitere Durchkapitalisierung der Landwirtschaft. Vielfach gehört das Land dem Staat oder ist Gemeinschaftseigentum, ein Mix aus traditionellen, westlichen und willkürlichen Eigentumsverhältnissen schreckt Investoren ab. Ungeklärte Eigentumsrechte oder Gemeinschaftsrechte an Grund und Boden haben in den Augen der neoliberalen Wirtschaftsstrategen den Nachteil, dass sowohl vorübergehende Landübertragungen wie Verpachtung, Verleihung oder Beleihung behindert werden – also auch der Verkauf. Damit sind auch die Möglichkeiten für Investoren, Spekulanten oder kommerzielle Bauern, die Zugang zu Kredit brauchen oder die Konsolidierung bzw. Ausweitung ihrer Ländereien anstreben, eingeschränkt. Die „Sicherheitsstufe“ des jeweiligen Eigentumstitels hat zudem einen erheblichen Einfluss darauf, welchen Preis der Eigentümer oder Verkäufer für das Land erzielen kann. Entwicklungspolitisch steckt dahinter zudem die Vorstellung, dass flexible, freie Landmärkte notwendig seien, um die Übertragung begrenzter Landressourcen von weniger profitablen Nutzungen auf profitablere Nutzer zu ermöglichen. Und die Landnutzung durch kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Nomaden gilt nun mal in der Regel als weniger effizient und produktiv als exportorientierte Großbetriebe.

Die Sicherung von Landrechten steht bereits seit einiger Zeit im Zentrum der landwirtschaftlichen Entwicklungspolitik. So wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren in vielen Ländern Afrikas institutionelle und rechtliche Reformen der traditionellen Landnutzungsrechte begonnen – mit der Rechtfertigung, dadurch ärmeren Kleinbauern und vor allem auch den Frauen zu helfen, deren Landrechte nicht verbrieft und beurkundet sind. Angestoßen wurden sie vielfach von internationalen Finanzinstitutionen. Die erklärte Absicht war, Ordnung in das Wirrwarr sich überlappenden Landnutzungsrechte zu bringen und verlässlich funktionierende administrative Mechanismen wie die Vergabe von Landtiteln, die Registrierung, also die Einrichtung von Grundbuch und Katasteramt, die Regeln für den Transfer, für die Streit-schlichtung sowie – mit Blick auf die klammen Staatshaushalte besonders interessant – für den Einzug von Steuern und Abgaben zu schaffen. Die Zivilgesellschaft oder die Bauern waren daran allerdings nur selten beteiligt.

Inzwischen zeigen sowohl die praktischen Erfahrungen als auch eine breite Forschungsliteratur, dass diese Politik Konflikte und Landverlust eher beschleunigt als verhindert hat.¹¹ Die Erfassung und Registrierung von Landrechten ist nicht nur ein äußerst komplizierter und komplexer Prozess. Insbesondere der Versuch, individuelle, veräußerliche Rechte, einschließlich vollständiger Eigentumsrechte nach westlichen Vorstellungen, zu verankern, hat bestehende Konflikte verschärft und zahlreiche Nebenrechte, etwa Weiderechte, Zugang zu Wasser oder zu wilden Früchten, entwertet. Unmittelbar betroffen davon sind vor allem Frauen und Hirten, die zu den Gruppen mit den „schwächsten“ Landrechten gehören. Und sie haben vielfach auch politisch und wirtschaftlich die schwächste Position, um sich zu wehren.

11 Vgl. „IRDCurrents“, Nr. 15; IIED, Land in Africa. Market assess or secure livelihood? 2004; UNRISD, Land Tenure Reform and Gender Equality, Genf 2005.

So gehen bei der Registrierung von Rechten die Frauen oftmals leer aus. In Kenia etwa, wo in den vergangenen 50 Jahren etwa ein Drittel des Landes erfasst wurde, werden die Papiere meist auf den männlichen Haushaltsvorstand ausgestellt, ohne Sicherheiten für Frauen und Kinder. Das bedeutet, dass viele Reformen in der falschen Unterstellung, bei einer Registrierung auf den Namen des Mannes würden alle im Haushalt profitieren, schlicht geschlechterblind waren. Tatsächlich verlieren Frauen oftmals ihre herkömmlichen Rechte auf Landnutzung, während die Position der Männer gestärkt wird.

Dazu eskalierten in Ländern wie Kenia, Tansania oder der Elfenbeinküste Konflikte zwischen Land- und Viehwirtschaft, zwischen Bauern und Pastoralisten, die von ihren Viehherden leben und in vielen Ländern einen großen Teil der ländlichen Bevölkerung ausmachen. Ihre extensiven Weidegründe stellen eine Verlockung für Investoren dar, die Viehfarmen, Freizeitparks oder Plantagen anlegen wollen. Folge der Reformen war vielfach, dass die Pastoralisten weiter marginalisiert und ihre Weidemöglichkeiten schrittweise beschränkt wurden – und dass Eliten am Ende die alleinigen Rechte an Wasser und Land an sich rissen. Erfahrungsgemäß sind „Landmärkte“ in der Regel Einbahnstraßen: Es sind vor allem die ärmeren Bauern, die als Verkäufer auftreten – sei es verführt durch hohe Landpreise, sei es gezwungen durch Schulden und fehlende Perspektiven. Dementsprechend kommt eine dänische Studie zu dem Ergebnis, dass „formale Legalisierung von Landrechten, etwa durch staatlich durchgeführte Registrierungsprogramme, zur Stärkung der formalen Rechte machtvoller Gruppen und Individuen führt, von denen einige ihre Position missbraucht haben, um sich große Ländereien auf Kosten der informellen Rechte schwächerer Gruppen anzueignen.“¹² In zahlreichen Ländern, darunter Botswana, Swasiland und Sambia, wurde durch die Landpolitik die Entstehung einer landbesitzenden Elite und eines privaten Agrobusiness gefördert.

Ob nun durch Vertreibung, staatliche Willkür oder einflussreiche Interessengruppen, durch den Prozess der Vergabe von Landtiteln oder „freiwillige“ Marktprozesse – gegenwärtig findet ein sich rasch beschleunigender Enteignungsprozess statt, der die kleinbäuerliche, traditionelle Landwirtschaft massiv bedroht und verdrängt. Die neuen Nutzungsformen wie Tourismus, Naturschutzgebiete und private Wildreservate (etwa für betuchte Jagdgesellschaften), Exportlandwirtschaft und wachsende Städte mit höherer Kaufkraft führen dazu, dass der „produktive Wert“ von Land, insbesondere wenn es von Kleinbauern genutzt wird, inzwischen weitaus niedriger ist als der potentielle Marktwert. Durch den Einstieg von Bodenspekulanten und zahlungskräftigen Unternehmen wird gleichzeitig immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche, die bislang vorrangig einen Gebrauchswert für lokale Produzenten hatte, einbezogen in den internationalen Markt für landwirtschaftliche Produkte, Spekulation und Verwertung. Die Folge: Ganze Landstriche in Afrika südlich der Sahara werden inzwischen der produktiven Nutzung für die Grundversorgung entzogen, mit weitreichenden Folgen für Kleinbauern und Pastoralisten.

¹² Rie Odgaard, *Land rights and land conflicts in Africa: A policy study*, Danish Institut for International Studies 2006, S. 4.

Der Kampf gegen die Landnahme

Die Landnahme im Namen der nationalen Ernährungssicherung, die FAO-Chef Jacques Diouf als „eine Form des Neokolonialismus“ bezeichnet, ist ein zentraler Schauplatz des erbitterten Kampfes zwischen Bauern, Agrarindustrie und Investmentunternehmen um die verbliebenen Land- und Wasserressourcen.¹³ Wie das Beispiel der Reform des Bodenrechts illustriert, gibt es dabei ein „neokoloniales“ Zusammenspiel von ökonomischen Interessen und staatlichen Institutionen, darunter die Entwicklungspolitik. Letztere fungieren dabei als Durchsetzungsinstanzen gegenüber nationalen Regierungen, damit sie förderliche rechtliche Rahmenbedingungen und Institutionen schaffen, öffentliche Güter wie Infrastruktur bereitstellen und Investitionen gegen politische und wirtschaftliche Risiken absichern. Das geht einher mit der Forderung nach weiterer wirtschaftlicher Liberalisierung, die die Regierungen der Industrieländer mittels Handels- und Investitionsabkommen durchzusetzen versuchen.

Dieser Kampf ist gleichzeitig durch verschiedene Konfliktlinien gekennzeichnet, die die Lage äußerst unübersichtlich machen, die aber in Zukunft an Brisanz und Bedeutung beträchtlich gewinnen könnten. Da ist erstens der Konflikt zwischen Schwellenländern, die ihre Versorgungsbasis ausweiten und unabhängiger machen wollen, und „alten“ Industrieländern bzw. Agrarexporteuren, die eher an Rohstoffen wie Agrartreibstoff als an Nahrungsmitteln interessiert sind. Dieser Konflikt lässt sich derzeit besonders am Fall China aufzeigen, das ja auch auf anderen Feldern zunehmend als Konkurrent auftritt. Es zeichnen sich aber zweitens auch Konflikte ab zwischen produktiver kommerzieller Nutzung für Supermärkte oder Energierohstoffe und spekulativer Verwertung von Landressourcen, sowie drittens zwischen dem produktiven Wert und dem Marktwert, der durch weitere Faktoren wie Landmangel, Urbanisierung und die Suche nach Anlagemöglichkeiten bestimmt wird.

Außerdem spiegelt sich in der Auseinandersetzung der Konflikt über die allgemeine Entwicklungsstrategie für die Landwirtschaft. Ohne Frage sind Investitionen in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume notwendig, um das bestehende Potential zu nutzen, um Produktion, Produktivität und Einkommen aus der Landwirtschaft zu steigern. Während Bekenntnisse zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft wegen ihrer vielfältigen Beiträge zum Schutz der Umwelt, zu Beschäftigung und Armutsminderung, zu regionaler Wirtschaftsentwicklung und Staatseinnahmen lauter werden (etwa in Form des „Weltagrarberichts“), interessieren sich Agrarindustrie und Investoren eher für den großflächigen Anbau auf Plantagen, in kapital- und inputintensiven, exportorientierten Betrieben, auch wenn dadurch Hunderttausende von Familien aus der Landwirtschaft vertrieben werden. Um Ernährungsunsicherheit, Armut und ökologische Schäden tatsächlich zu verringern, müssten jedoch vorrangig die kleinbäuerliche Landwirtschaft und der Anbau von Grundnahrungsmitteln für die eigene Versorgung verbessert werden.

¹³ Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 22.7.2009, S. 14. Zur entsprechenden Politik im landwirtschaftlichen Wasserbereich vgl. Uwe Hoering, Wasser für Nahrung – Wasser für Profit, Stuttgart 2005.

Internationale Finanz- und Entwicklungsinstitutionen wie die Weltbank lavieren zwischen den beiden Polen, wobei ihr Herz für die Investoren schlägt, die nach ihrer Auffassung die erforderlichen Kapitalmittel und Technologien, die Effizienz und Produktivität mitbringen. Eine mögliche Vermittlungsform, die sich abzeichnet, ist die Vertragslandwirtschaft, die allerdings nur für einen kleinen Teil der gegenwärtigen bäuerlichen Betriebe eine Perspektive bietet.

Gleichzeitig haben sich in den vergangenen Jahren national und international neue Bauernbewegungen formiert, die sich bislang unter dem Stichwort der „Ernährungssouveränität“ vorrangig für den Schutz gegen eine weitere Handelsliberalisierung im Agrarbereich und für die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzten. Die neue Landnahme stellt für sie eine weitere, existenzbedrohende Herausforderung dar. Ihr zu begegnen, ist deshalb eine zentrale politische Aufgabe der Gegenwart – nicht zuletzt auch in den Industrieländern.

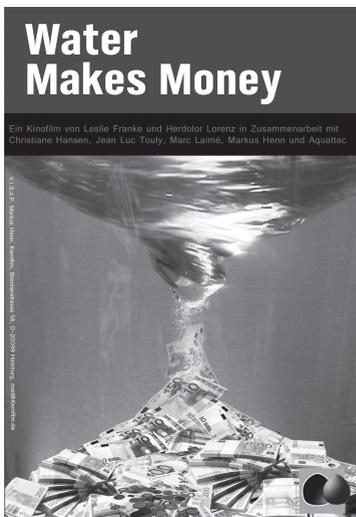
Anzeige

Internationaler Aufruf zur Unterstützung des Filmprojekts

Water Makes Money

Ein Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

In Zusammenarbeit mit Jean Luc Touly, Marc Laimé,
Christiane Hansen, Markus Henn und AQUATTAC



Aus Wasser möglichst viel Geld machen: das ist das Ziel der größten Wasserkonzerne Veolia und Suez. Von Frankreich ausgehend, wollen sie mit allen Mitteln die Wasserwirtschaft auf der ganzen Welt in Ihre Hände bringen – auch Deutschland ist betroffen.

Doch die negativen Folgen der Wasserprivatisierung führen inzwischen selbst in Frankreich dazu, dass sich viele Kommunen wehren. Der gerade entstehende Film „Water Makes Money“ will die Macht dieser Konzerne, den Widerstand dagegen und die Gefahren der Wasserprivatisierung dokumentieren.

Der Film braucht Ihre Unterstützung!
Mit Ihrer Spende können Sie dazu beitragen,
dass er Wirklichkeit wird.

Water Makes Money, Kto.-Nr. 1230 131 474, BLZ: 200 505 50, Stichwort: Förderbeitrag Water Makes Money